

»Die »Hilbert-Koalition« ist eine Zeitungsente« Jens Matthis



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

März/April 2023



Lichtblick in schwierigen Zeiten

Interview mit den neu gewählten Beigeordneten

» Seite 3

Zur Antwort verpflichtet

Der Bürgermeisterstreit ist vorerst vorbei. Bei aller Kritik am gefundenen Kompromiss gibt es für DIE LINKE in den drängenden Fragen kein Vertun

Der Begriff der »Verantwortung« ist in den letzten Jahren konsequent ausgehöhlt worden. Da übernehmen Politikerinnen und Politiker die volle Verantwortung für eigene Fehlleistungen und tun genau nichts. Da wird von »Verantwortung übernehmen« gesprochen und ist Machtzuwachs gemeint. Schade, denn eigentlich ist ja gemeint: Wer Verantwortung übernimmt, der bringt sich in die Pflicht zu antworten, Rede und Antwort zu stehen.

So wie es unsere beiden Bürgermeisterinnen Annekatriin Klepsch und Kris Kaufmann und mit ihnen die Dresdner LINKEN tun. Die neue

Verwaltungsspitze steht und mit ihr steht die Kritik an einem Kompromiss im Raum, der dem FDP-Oberbürgermeister mehr Macht zusichert und die SPD aus der Rathauspitze kegelt. Das ist schmerzlich, es ändert aber nichts an den drängenden Fragen, denen sich Dresden, DIE LINKE und insbesondere ihre Bürgermeisterinnen stellen müssen, die ihnen überantwortet werden – im Sinne des Wortes.

Was wollen wir tun gegen Kinder- und Jugendarmut, die auch in Dresden grassiert? Wie wollen wir eine facettenreiche Kultur retten und sie vor dem Rotstift des Ober-

bürgermeisters sowie dem Zugriff rechter »Kulturpolitiker« schützen? Wie können wir eine menschenwürdige Unterbringung Geflüchteter sicherstellen und den sozialen Wohnungsbau vor dem Kollaps retten? Und nicht zuletzt: wie tragen wir die Kritik an einem selbstherrlichen, neoliberalen Oberbürgermeister nicht nur in den Ratssaal, sondern in die Verwaltungsspitze?

Dass diese Fragen früher oder später beantwortet werden, ist klar. Die Frage ist nur: in welche Richtung? Es ist gut, dass DIE LINKE hier in der Pflicht zur Antwort steht.

Thomas Feske

VERMEIDUNG VON KINDER- UND JUGENDARMUT

Politisch Prioritäten setzen

Ende Januar veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung ihre jüngste Analyse zur Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Diese Studie stellt fest: Kinder- und Jugendarmut ist seit Jahren ein ungelöstes strukturelles Problem in Deutschland. Die aktuellen Krisen und die damit einhergehenden Preissteigerungen verschärfen die Situation weiter. Armut hat aber auch Folgen für die gesamte Gesellschaft, nicht nur mit Blick auf die Kosten in den Sozialsystemen, sondern auch auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Stabilität der Demokratie. Die Vermeidung von Kinder- und Jugendarmut muss daher gerade jetzt politisch Priorität haben. Dass Kinder und Jugendliche in Armut leben müssen, ist ein tägliches Verbrechen der Reichen und Mächtigen an unserer Gesellschaft. DIE LINKE beantragte im Stadtrat nun eine Anhörung dazu.

» Seite 6

Ein Wahlkrimi mit positivem Ausgang

Hier veröffentlichen wir einen Gastbeitrag der Landesvorsitzenden DIE LINKE. Sachsen, Susanne Schaper, über die Beigeordnetenwahl im Dresdner Stadtrat am 26. Januar 2023

Zur Ausgangslage

Durch unerträgliche Machtspiele von Oberbürgermeister Hilbert wurde die Wahl der Dresdner Beigeordneten monatelang verschleppt und machte weit über die Stadtgrenzen hinaus Schlagzeilen. Immer wieder habe ich mich nach dem aktuellen Verhandlungsstand erkundigt und konnte kaum glauben, was ich da aus Dresden zu hören bekam.

Nach mehreren fehlgeschlagenen Wahlversuchen gab es in der Landeshauptstadt eine nur notdürftig besetzte Stadtspitze. In einer Zeit enormer gesellschaftlicher Herausforderungen durch die Folgen des Ukrainekrieges, massiver Preissteigerungen für Energie und Lebensmittel sowie der Inflation konnten zahlreiche Termine, die in die Zuständigkeit der sieben Fachbürgermeisterinnen und Fachbürgermeister gefallen wären, nicht wahrgenommen werden. Auch die Verwaltungsvorlagen zu wichtigen politischen Entscheidungen wurden zeitlich stark verzögert in den Geschäftsgang gebracht.

Für Außenstehende war dieses Theater im Dresdner Rathaus längst nicht mehr nachvollziehbar. Das Vertrauen in die Demokratie wurde erheblich beschädigt. Als der Druck ins Unermessliche stieg, wurde ein *Moderatorenteam* eingesetzt, das eine *Empfehlung* aussprach, wonach es nur noch sechs Beigeordnete in Dresden geben und die SPD dabei komplett leer ausgehen soll. Der Aufschrei war zu Recht riesig. Ich weiß, dass es sich die Linksfraktion nicht einfach gemacht hat, diesem Vorschlag der Moderatoren Gunda Röstel und Thomas de Maizière zu folgen.

Nach langem Ringen zu der Erkenntnis zu kommen, dass es am Ende keinen anderen Weg gibt, weil alle anderen denkbaren Varianten am fehlenden Einverständnis des Oberbürgermeisters gescheitert wären, ist sehr bitter.

Ein spannender Wahlabend

Als es dann am 26. Januar endlich zur Wahl kommen sollte, ließ ich es mir nicht nehmen, gemeinsam mit dem Landesgeschäftsführer Lars Kleba im Dresdner Stadtrat anwesend zu sein und ganz fest die Daumen zu drücken. Die angespannte Stimmung im Saal



Ein starkes Signal, auch in unsere Partei: Es lohnt sich, geschlossen für die gute Sache zu kämpfen

war auf der Besuchertribüne deutlich spürbar.

Natürlich war damit zu rechnen, dass es mehrere Wahlgänge geben würde. Umso erleichterter waren wir, als Annetrin Klepsch im zweiten Wahlgang zur Beigeordneten für Kultur, Wissenschaft und Tourismus gewählt wurde. Auch Eva Jähnigen, Kandidatin der Grünen, benötigte zwei Wahlgänge und wurde schließlich zur Beigeordneten für Umwelt und Klima, Recht und

Ordnung gewählt. Als dann der Kandidat der CDU, Steffen Kaden, auch im zweiten Wahlgang die nötige Stimmenanzahl verfehlte und auf Antrag der CDU-Fraktion eine Auszeit stattfand, waren viele im Saal und auf der Tribüne fassungslos. Was hieß das für die zuletzt angesetzte Wahl von Dr. Kristin Kaufmann? Würde die CDU-Fraktion einen Vertagungsantrag stellen? Würde sie noch zu ihrer Zusage aus den Verhandlungsrunden stehen?

Als die Wahlen wie geplant fortgesetzt wurden, herrschte eine bedrückende Stimmung im Ratssaal. Dr. Kristin Kaufmann hielt, davon unbeeindruckt, eine sehr gute Rede, in der sie vor allem die vereinenden Elemente des Geschäftsbereiches Soziales und Wohnen betonte. Als sie dann bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit erhielt, waren alle Beteiligten sehr erleichtert.

Dank und Ausblick

Liebe Linksfraktion im Dresdner Stadtrat, vor allem Euch, lieber André Schollbach und liebe Anja Apel, wir können an dieser Stelle nur Danke sagen!

Danke, dass ihr in den letzten Monaten die Nerven behalten und in zahlreichen Runden verhandelt habt. Danke, dass ihr den Beschluss des Dresdner Stadtparteitages umgesetzt habt und Dresden auch in den kommenden sieben Jahren zwei linke Bürgermeisterinnen haben wird, mit denen ihr gemeinsam wirken und gestalten könnt.

Ihr habt damit ein starkes Signal gesendet, auch in unsere Partei hinein. Es lohnt sich, geschlossen und miteinander für die gute Sache zu kämpfen. Vielen Dank auch an Annetrin Klepsch und Dr. Kristin Kaufmann, die in den letzten Monaten ganz unfreiwillig eine Auszeit verordnet bekommen haben. Es war sicher nicht einfach, als indirekt Beteiligte und direkt Betroffene die zähen Verhandlungen zu verfolgen.

Ich wünsche Euch für Eure Arbeit viel Erfolg, Kraft und Ausdauer, die notwendigen Dinge anzugehen, um Dresden zu einer sozial gerechteren Stadt zu machen.

Stefan Hartmann und ich wissen, dass es keine einfache Abwägung war, umso mehr freuen wir uns über unsere beiden wiedergewählten Bürgermeisterinnen.

Susanne Schaper



Annektrin Klepsch, André Schollbach und Kris Kaufmann nach der Beigeordnetenwahl im Rathaus

Anspruch auf Gestaltung

Im Januar wurden Annektrin Klepsch zur Beigeordneten für Kultur, Wissenschaft und Tourismus und Kris Kaufmann zur Beigeordneten für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen im Stadtrat gewählt

Wie habt ihr persönlich die Hängepartie der letzten Monate erlebt?

Annektrin: Ich habe versucht, aus der Situation das Beste zu machen. Zum Beispiel mit dem Nachholen von Dingen und Aktivitäten, die in den vergangenen sieben Jahren zu kurz gekommen sind. Meine Kinder haben mich plötzlich anders als gewohnt als Mutter und Hausaufgabenbetreuung erlebt.

Kris: Persönlich war die Pause ein Segen, denn meine Akkus waren wirklich fast leer. Es hat sich wie ein Sabbatical angefühlt.

Fühltet ihr euch während dieser Zeit genügend von der Partei und Fraktion in Dresden unterstützt?

Kris: Ja, auf alle Fälle. Ich für meinen Teil habe mich unglaublich gut begleitet und informiert gefühlt. Dabei gilt mein ganz persönlicher Dank vor allem André und Anja.

Annektrin: Unsere Wiederwahl ist nicht zuletzt das Verdienst von André Schollbach und Anja Apel, die mit viel Geduld und diplomatischem Geschick über viele Monate an zahlreichen Verhandlungsrunden teilgenommen haben.

In den letzten Monaten ist sicherlich viel an Arbeit liegengeblieben. Worum musstet ihr euch in den ersten Wochen am dringlichsten kümmern?

Kris: Die internationale Zuwanderung von Schutzsuchenden und Asylbewerbern steht ganz oben und auch die Frage, wie Integration gelingen kann. Die Einführung des Bürgergeldes und die Absicherung der erweiterten Leistungen des Wohngeldes liegen in meinem Bereich, wie auch die geplante Krankenhausreform.

Annektrin: Einerseits wurden Dinge in den Stadtrat eingebracht und beschlossen, die ich noch vorbereitet hatte. Andererseits sind Themen tatsächlich liegen geblieben. In den ersten Tagen habe ich mir einen Überblick verschafft

»Am zweiten Tag fühlte es sich an, als wäre ich nie weg gewesen«

Kris Kaufmann

und Gespräche mit allen Amts- und Abteilungsleitungen, Intendantinnen und Intendanten und den Leitungen der Kulturbetriebe geführt.

Seid ihr mittlerweile wieder im Arbeitsprozess angekommen? Das heißt der Arbeitsalltag hat euch wieder. Oder?

Annektrin: Der Arbeitsalltag hat mich wieder, jedoch gilt es aufgrund der Veränderung meines Geschäftsbereiches die Strategie für die nächsten Jahre zu entwickeln. Beispielsweise gab es bisher keine Stabsstelle Wissenschaft.

Kris: Am zweiten Tag fühlte es sich bereits an, als wäre ich nie weg gewesen.

André Schollbach sprach in seiner Presseerklärung zur Wahl vom Gestaltungsanspruch der LINKEN für die nächsten Jahre. Was bedeutet das für euch konkret?

Kris: Jegliche Chance zu nutzen, vorhandene Instrumente, Netzwerke und politischen Ansätze und Ideen zusammenzubringen. Ziel muss es sein, Menschen darin zu stärken oder zu befähigen, sich als aktiv gestaltende Mitglieder unserer Gesellschaft einzubringen.

Annektrin: Kulturpolitik aus linker Sicht bedeutet, insbesondere die kulturelle und soziale Teilhabe der Menschen in Dresden zu verbessern. Menschen mit geringem Einkommen sollen nicht auf Theater, Konzerte oder den Besuch der Musikschule verzichten müssen. Sich für die Kunstfreiheit und für kulturelle und künstlerische Vielfalt starkzumachen, ist elementar für linke Kulturpolitik. Genauso wichtig wird es sein, dass sich der Kulturbereich beim Klimaschutz nachhaltig einbringt. Die Erinnerungskultur wird traditionell eine besondere Rolle spielen. Noch in diesem Jahr wird die bisherige AG 13. Februar in einen Beirat für Erinnerungskulturen überführt.

Gibt es sonst noch wichtige Vorhaben, die euch längerfristig am Herzen liegen?

Annektrin: Der Sanierungsstau im Kulturbereich ist nach wie vor groß. Hier bin ich mit dem Baubürgermeister in einem sehr guten Austausch, trotzdem reichen die beschlossenen Finanzen nicht aus. Weiterhin beschäftigen wird uns die Digitalisierung als große technische und gesellschaftliche Transformation. Die geopolitische Neuordnung führt auch zur Veränderung künstlerischer Kooperationen, beispielsweise mit Russland und China.

Kris: Oh ja, sehr viele. Ich möchte das Thema Gesundheit als ein Querschnittsthema angehen. Dazu zählen für mich auch die sozialen und gesund-

»Der Sanierungsstau im Kulturbereich ist nach wie vor groß«

Annektrin Klepsch

heitlichen Folgen von Extremwetterlagen im Dresdner Talkessel. Aktuell ringt mein Team gemeinsam mit dem Städtischen Klinikum um Fördergelder des Bundes für Neubaumaßnahmen am Standort Bühlau. Mich treibt an, dass Menschen in finanzieller oder sonstiger Not schnellstmöglich Unterstützung erfahren und dass keine/r Angst vorm Älterwerden oder vor Einsamkeit haben muss. Sobald sich die Baukosten wieder beruhigt haben, wird auch unser kommunales Wohnungsunternehmen weiterwachsen.

Habt ihr Vorschläge, wie es zu einer noch besseren Zusammenarbeit mit der Fraktion im Stadtrat kommen kann?

Annektrin: Wir werden uns dazu in einer Klausur mit der Fraktion verständigen. Soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe, ökologisches Bewusstsein sowie Vielfalt, Demokratie und Partizipation lassen sich an nahezu allen kommunalpolitischen Themen durchspielen.

Kris: Ja! Wir sind hierzu aktuell im Gespräch mit dem Fraktionsvorstand.

Das Interview führte Dirk Wagner

GASTBEITRAG ZUM ANTRAG DER LINKEN

Starthilfe für ein junges Dresden



DIE LINKE hat einen Antrag eingebracht, der eine Starthilfe für Studierende, Azubis und Freiwilligendienstleistende vorsieht

Ich bin vor einiger Zeit für mein Studium nach Dresden gezogen. So wie es jedes Jahr mehrere tausend junge Menschen machen. Ich gehörte dabei zu den Glücklichen, die einen der begehrten Wohnheimplätze bekommen haben.

So stand ich also vor der Aufgabe, mein erstes eigenes Zuhause einzurichten. Es ging gleich in den ersten Wochen in einen bekannten schwedischen Einrichtungsmarkt. Mir fiel ein riesiger Stein vom Herzen, als mein Vater mir auf halbem Weg durch die Galerie eröffnete, dass er den Einkauf übernehmen würde. Doch meine Mitbewohnerin musste ihre Einrichtung selbst zahlen.

Neben den ersten eigenen Möbeln kosten natürlich auch notwendige Anschaffungen für den Anfang des Studiums, wie zum Beispiel der unverzichtbare Laptop, oder die Fachbücher eine erhebliche Stange Geld. Wenn die Eltern nicht unterstützen

können, wird als Alternative häufig das BAföG genannt. Doch nicht mal ein Fünftel der Studierenden in Sachsen sind überhaupt »BAföG-berechtigt«. So muss die Mehrheit der Studierenden für ihren Lebensunterhalt arbeiten.

Noch immer hängt Bildung also massiv von der sozialen Herkunft und den finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses ab. Hinzu kommt für die Stadt Dresden noch ein weiteres Problem. Die Studierendenzahlen befinden sich im freien Fall. Und dabei fehlen uns schon jetzt Fachkräfte. Was wäre denn ein besseres Zeichen für Bildungsgerechtigkeit und zur Bindung junger Menschen an diese Stadt, als den Start in ein selbstbestimmtes Leben zu unterstützen?

Die Starthilfe würde den Betroffenen im finanziellen Rahmen des kommunal Möglichen unter die Arme greifen. Es würde ihnen zeigen, dass sie in Dresden willkommen sind.

Paul Senf

Eine Erfindung der Dresdner Lokalpresse

Gedanken über Vorwürfe, Gerüchte und Auswirkungen rund um die Beigeordnetenwahlen am 26. Januar im Dresdner Stadtrat

Ich möchte eines zunächst klarstellen: DIE LINKE hat weder mit dem Oberbürgermeister, noch mit der CDU oder den Grünen eine Vereinbarung über die Wahl der Beigeordneten im Stadtrat am 26. Januar geschlossen. Wenn von einer Hilbert-Koalition die Rede ist, dann ist das schlicht unzutreffend. Auch die Dresdner Lokalpresse kann eine solche Koalition nicht herbeischreiben.

Es gab nur eine Vereinbarung, der DIE LINKE zugestimmt hat, das war die zwischen CDU, SPD, Grünen und LINKEN über die Wahl von sieben Beigeordneten, von denen zwei bereits 2020 gewählt worden sind, vier seit August vergangenen Jahres erneut zur Wahl standen. Einer, Steffen Kaden – wurde von der CDU neu vorgeschlagen. Die Umsetzung dieser Vereinbarung ist ein halbes Jahr lang am Vetorecht des Oberbürgermeisters gescheitert.

Was am 26. Januar zur Abstimmung kam, war ein externer Vorschlag von zwei Personen, die nach halbjähriger Blockade mit einer Vermittlung beauftragt wurden. Das Ergebnis wurde viel gelobt. Mich als jemanden, der seit zwei Jahrzehnten im Stadtrat ist, überzeugt es nicht. Und das aus drei Gründen:

1. Die Zerschlagung des Bereiches »Ordnung und Sicherheit«: Künftig soll



LINKEN-Stadtrat Jens Matthis in der Debatte

sich der Beigeordnete, dessen zentrale Aufgaben Wirtschaft und Digitalisierung sind, außerdem um Bürgeramt und Feuerwehr kümmern, die Umweltbeigeordnete soll zusätzlich zu ihren bisherigen Aufgaben noch das Ordnungsamt unter Kontrolle bringen und Kris Kaufmann, die ohnehin schon die von externen Krisen geschüttelten Bereiche Arbeit, Gesundheit, Soziales und Wohnen verantwortet, bekommt auch

noch Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Synergien werden so nicht entstehen. Es würde mich nicht wundern, wenn sich die Klagen aus diesen Bereichen eher häufen werden.

2. Das Vermittlungsduo ließ uns wissen, dass Dresden mit sechs Beigeordneten auskäme – weil auch Infineon oder Siemens nur über fünf oder sechs Vorstandsmitglieder verfüge. Aber es gibt wohl keinen Konzern, welcher auf

einen eigenen Finanzvorstand verzichtet. Auch in keiner anderen deutschen Großstadt ist man bisher auf diese Idee verfallen. Dass die Verantwortung für die Finanzen dauerhaft beim Oberbürgermeister bleibt, daran glaubt dieser nicht einmal selbst.

3. Ich halte es für politisch kurzsichtig, zwei kleinere Fraktionen, die den Haushalt mitgetragen haben, SPD und FDP bei der Besetzung der Verwaltungsspitze zu übergehen. Das wird sowohl dem Zusammenwirken von Stadtverwaltung und Stadtrat, als auch der Zusammenarbeit im Stadtrat selbst abträglich sein. Natürlich hat die FDP mit ihrer

Die »Rathauskrise« ist nur zu lösen, wenn beide Geschäftsbereiche wiederhergestellt werden

Blockade einer einvernehmlichen Lösung selbst dazu beigetragen, wodurch es aber nicht besser wird.

Bereits in der Sitzung zeigte sich, wie fragil das gesamte Konstrukt ist. CDU-Kandidat Steffen Kaden verfehlte bei gleich vielen Ja- und Nein-Stimmen im zweiten Wahlgang die notwendige Mehrheit, nach Neuausschreibung muss im Mai erneut gewählt werden – Ausgang offen. Aus meiner Sicht ist die »Rathauskrise« nur zu lösen, wenn die beiden benannten Geschäftsbereiche wiederhergestellt werden und damit auch die Basis im Stadtrat deutlich verbreitert wird.

Jens Matthis

Von Risiken und Nebenwirkungen

Zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs Striesen



Blick in Augsburger Straße

Schon lange ist den Dresdner Verkehrsbetrieben ein dicht besiedelter und doch durch Bus und Bahn unterversorgter weißer Fleck auf dem Stadtplan in Striesen ein Dorn im Auge. Diese Zone erstreckt sich zwischen Fetscherstraße, Blasewitzer Straße, Bergmannstraße und Borsbergstraße/Schandauer Straße.

Um dieses Gebiet besser zu versorgen, ist eine Buslinie über die Augsburger Straße zwischen Altenberger Straße und Blasewitzer Straße geplant und eine über die Tittmannstraße. Allerdings gibt es dabei ein Problem. Die ins Auge gefassten Straßen sind in ihrem lausigen Zustand derart verkehrsberuhigt, dass sie qua Breite und Beparkung keine Buslinien aufnehmen können, kommen doch derzeit nicht einmal zwei Personewagen aneinander vorbei. Die dazu notwendigen Baumaßnahmen lo-

cken zwar mit mehr Ruhe, weil der in Teilen vorhandene grobe Pflasterbelag durch leisen Asphalt ersetzt werden soll. Allerdings dürfte dieser Effekt durch den Lärm der Busse und durch mehr Verkehr auf den dann

Die Anlieger profitieren kaum von der neuen Buslinie

leistungsfähigeren Verkehrszügen konterkariert werden. Denn diese Straßen würden als Hauptstraßen nicht nur Bussen eine Strecke bieten, sondern auch einen willkommenen Bypass zwischen Blasewitzer und Schandauer Straße oder parallel auf

der Augsburger zu den großen Ost-West-Trassen darstellen.

Hinzu kommt, dass gerade im dicht besiedelten, mit Altheubauten belegten West-Striesen hoher Parkdruck durch das angrenzende Uniklinikum herrscht und zusätzlich noch 140 Parkplätze entfallen sollen. Hier verläuft die Augsburger Straße aber so dicht an der Blasewitzer Straße und damit der Straßenbahn, dass die betroffenen Anlieger kaum von der neuen Buslinie profitieren. Hier sind die Menschen dann dreifach gekniffen, noch weniger Parkplätze bei hohem externen Parkdruck, mehr fließender Durchgangsverkehr, mehr Versiegelung durch eine entsprechend ausgebaute Verkehrsstraße. Anlass genug, auf stadtverträgliche und nachhaltige Planungen zu pochen, auch und gerade beim ÖPNV.

Tilo Wirtz

KESSELSDORFER STRASSE Raum für Mensch und Baum

Bereits im November 2018 hatte der Stadtrat den weiteren Ausbau der Kesselsdorfer Straße zwischen Reiserwitzer Straße und Rudolf-Renner-Straße beschlossen. Basierend auf der damaligen Verkehrsprognose 2030 wurde die vierspurige Ausbauvariante bevorzugt. Neuere umfangreiche Verkehrszählungen nach der Fertigstellung der Zentralhaltestelle Kesselsdorfer Straße ergaben jedoch eine deutliche Verkehrsabnahme. Auch die inzwischen vorliegende Prognose 2035 weist einen Rückgang der Verkehrszahlen aus. Nunmehr wird den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung getragen und eine dreispurige Variante bevorzugt. Diese hat den Vorteil, dass ursprünglich vorgesehene Baumfällungen entfallen und insgesamt der Gehwegbereich in seiner ursprünglichen Breite erhalten werden kann. Stadträtin Katharina Hanser aus dem Dresdner Westen dazu: »Ich begrüße sehr diese Planungsänderungen der Stadt. Die Aufenthaltsqualität im Umfeld der Wohn- und Geschäftshäuser kann dadurch deutlich erhöht werden.«

Die Redaktion



Die Zentralhaltestelle auf der Kesselsdorfer Straße im Bau



Mehr Lebensqualität durch ein Tempolimit

HÖCHSTGESCHWINDIGKEIT 30

Tempo runter – auf den Straßen!

Das geltende Straßenverkehrsrecht setzt den Kommunen bei der Einrichtung von Tempolimits enge Grenzen. Es erlaubt die Ausweisung nur dann, wenn konkrete Gefährdungen nachgewiesen werden können – und das jeweils nur für bestimmte Straßenabschnitte. Mehr als hundert Städte und Gemeinden sind deshalb bereits der bundesweiten Initiative »Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten« beigetreten. Über alle Parteigrenzen hinweg fordern sie die Bundesregierung auf, den Kommunen endlich mehr Handlungsspielraum bei der Anordnung von Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit einzuräumen.

Das rasche Wachstum und der überparteiliche Charakter der Initiative zeigen, dass es hier um Lebensqualität und Sicherheit in unseren Städten geht und

nicht um verkehrspolitische Ideologie. Selbst in Saarbrücken wurde kürzlich durch – Achtung – eine Mehrheit aus CDU, Grünen und FDP ein Tempolimit von 30 km/h in der Innenstadt eingeführt. Nur Dresden tut sich mal wieder schwer und riskiert, verkehrspolitisch noch weiter ins Hintertreffen zu geraten.

Dabei können niedrigere Geschwindigkeiten einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, städtebauliche, verkehrliche und umweltbezogene Ziele im Sinne einer lebenswerten Stadt zu erreichen und gleichzeitig die Sicherheit im Stadtverkehr zu erhöhen. Wir werden uns als Linksfraktion dafür einsetzen, dass die wissenschaftlich begleitete Einführung eines Tempolimits in einem Dresdner Stadtteil erprobt werden kann. Das Tempo erhöhen wollen wir hingegen bei der Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit.

Anne Holowenko

ANHÖRUNG ZUR KINDER- UND JUGENDARMUT

Die Frage nach den Ursachen

Dass die Armut vieler Menschen in der BRD dazu führt, dass diese sich auch politisch nicht mehr an der Gestaltung der Republik beteiligen und damit das ohnehin zunehmend fragile demokratische System gefährden, wird von einigen bürgerlichen Think-Tanks wohl erkannt. Deswegen fällt regelmäßig das Scheinwerferlicht von Studien großer Stiftungen auf diese Thematik. So zum wiederholten Male die Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Und in außerordentlicher Klarheit, im Ton noch verschärft zu den früheren Ausgaben dieser Studie wird ausgeführt:

»Aufwachsen in Armut begrenzt, beschämt und bestimmt das Leben von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – heute und mit Blick auf ihre Zukunft. Sie erleben in nahezu allen Lebensbereichen – wie Bildung, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe – Benachteiligungen. Das hat auch für die Gesellschaft erhebliche negative Folgen.«

Zwar ist diese Studie mit regionalen Zahlenwerken ausgestattet, hat aber einen grundsätzlich bundesweiten Blick und die in ihr erarbeiteten Empfehlungen richten sich daher an die Bundespolitik. Aber das darf uns nicht davon abhalten, auch in unserer Stadt Dresden



Kinder alleinerziehender Eltern sind besonders armutsgefährdet

genauer hinzuschauen und uns zu fragen, was wir hier mit den Möglichkeiten kommunalen Geldes und kommunaler Regelungen tun können, um die Auswirkungen und möglicherweise hier und da sogar die Ursachen von Kinderarmut zu reduzieren.

Deswegen hat meine Fraktion auf meine Anregung hin beschlossen, im Jugendhilfeausschuss eine Anhörung zu diesem Thema zu beantragen.

Tilo Kiebling

Sorge um die Schwimmhalle

Der Neubau des Sportkomplexes in Klotzsche soll verschoben werden, solange die Finanzierung nicht geklärt ist



Damit der Norden auch weiterhin seine Bahnen ziehen kann

Was wollen wir als LINKE für den Dresdner Norden? Wir setzen uns für eine gute Infrastruktur ein, das heißt Kitas, Schulen, Ärzte und Apotheken, Sport-, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten, welche auf kurzen Wegen erreichbar sind.

Über die letzten Jahrzehnte sind durchaus positive Entwicklungen im Dresdner Norden zu beobachten. So erfolgte die Ansiedlung von einigen großen Firmen und es wurde neuer Wohnraum geschaffen. Negativ indes: es gibt keine Kultur- und Freizeiteinrichtungen mehr. Und nun soll dem Dresdner Norden eine weitere öffentliche Sportstätte genommen werden: das Schwimmbad Klotzsche.

Seit Jahren beobachten wir mit Sorge den Zustand des Sport- und Schwimmhallenkomplexes im Klotzscher Industriegebiet. Viele Vereine, der schulische Schwimmunterricht sowie Freizeitschwimmer sind auf die Halle angewiesen – doch sie befindet sich in einem desolaten Zustand. Bereits 2008 wurde von Rissen im Beckenbereich berichtet. Im selben Jahr wurden in der Schwimmhalle Notsicherungsmaßnahmen durchgeführt.

Bei der Planung für einen Ersatzneubau wurde die Fläche zwischen Königsbrücker Landstraße/Ecke Langebrücker Straße favorisiert. Leider wurden in den folgenden Jahren keine Mittel für einen Neubau in

Plötzlich erklärt der Oberbürgermeister, es sei nicht ausreichend Geld da

die Haushaltspläne der Stadt aufgenommen. Dann erfolgte die Ausgliederung der Bäder und Schwimmhallen in die Bäder GmbH. DIE LINKE hat dies scharf kritisiert, denn damit wurden uns als Stadtrat Steuerungsmöglichkeiten genommen.

Gefahr trotz beschlossener Gelder

Erst als das Gelände, auf dem die Schwimm- und Sporthalle stehen, verkauft werden sollte, ergab sich für uns erneut die Möglichkeit, für einen Neubau im Norden zu werben. Es gab allerdings viel Gegenwind, denn andere Fraktionen favorisierten andere Standorte und Stadtteile.

Infolge des öffentlichen Drucks wurden schließlich ein Ersatzneubau

der Schwimmhalle und eine Ersatzsuche für die Sporthalle im Norden beschlossen. 2026 sollte die Schwimmhalle stehen. Der Pachtvertrag für das Gelände mit der SachsenEnergie war geschlossen und es erfolgte eine Altlastensanierung für zwei Millionen Euro.

Endlich im Dezember 2022 beschlossen wir den aktuellen Doppelhaushalt und darin sind auch 20 Millionen für den Neubau der Schwimmhalle enthalten. Da erklärt der Oberbürgermeister plötzlich: Es sei nicht ausreichend Geld da, die Schwimmhalle wird gestrichen und der Pachtvertrag aufgelöst. Die Folge: ein Sturm der Entrüstung. Der wiederum bewirkte, dass Entscheidungen überdacht wurden. Im Sportausschuss wurde uns mitgeteilt, dass der Erbpachtvertrag bestehen bleibt und die Bestandshalle so ertüchtigt wird, dass sie bis zu einem Neubau durchhält. Der Schwimmhallenneubau wird verschoben, bis die Finanzierung geklärt ist.

Als ich vor 14 Jahren mit meiner Stadtratstätigkeit begann, stellte ich meine ersten Anfragen zur Schwimmhalle Klotzsche. So langwierig und schwierig hatte ich mir das nicht vorgestellt. Hoffentlich stimmt das Sprichwort in diesem Fall: Was lange währt, wird gut.

Anja Apel



Wie jemand wohnt, hat Auswirkungen auf den Verlauf der Integration

Keine Dauerlösung

Auch in Dresden sucht die Stadtverwaltung händeringend nach Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete

Unser Ziel, Einrichtungen auf Vorrat zu schaffen, um im Bedarfsfall schnell darauf zugreifen zu können, ist leider stets an der Finanzierung gescheitert. Weder der Oberbürgermeister noch der Freistaat waren bereit, Gelder bereitzustellen. Jetzt müssen wir nehmen, was verfügbar ist.

Damit einher geht ein Absenken von Unterbringungsstandards, die wir in Dresden erkämpft haben, darunter zum Beispiel eine Maximalbelegung mit 65 Personen oder dem Vorrang der Unterbringung in Wohnungen vor Heimen. Denn wie jemand wohnt, hat Auswirkungen. Gibt es Privatsphäre? Besteht die Möglichkeit, selbst zu kochen? Wie viele Personen teilen sich ein Bad? Handelt es sich um eine Wohnung in einem ganz normalen Wohnhaus oder um ein großes Wohnheim, gar eine Halle für mehrere Hundert Personen? All das ist entscheidend für den Verlauf der Integration.

Wir wissen, dass es aktuell kaum gelingt, adäquate Einrichtungen zu finden. Daher kann auch mal von Standards abgewichen werden, um überhaupt ein Dach über dem Kopf zu sichern.

Aber in Grenzen! Denn es geht um Menschen, die eine Flucht hinter sich haben, sich völlig neu

zurechtfinden müssen und gut in der Stadtgesellschaft ankommen sollen. Wie das gelingt, hängt auch von der Wohnsituation ab.

Nun schlug Bürgermeister Stephan Kühn (Die Grünen) – zuständig für die Schaffung von Unterbringungseinrichtungen – das Eventwerk vor;

Das Eventwerk ist kein Ort zum Wohnen

eine große Veranstaltungshalle in der Straße E. Mehr als 300 Personen sollen dort leben. Mitten im Industriegebiet, nebenan Clubs, in denen bis in die Morgenstunden Technopartys stattfinden. Das ist unzumutbar. Das ist kein Ort zum Wohnen.

Wir haben im Stadtrat klar gegen diese Einrichtung votiert. Leider wurden wir überstimmt. Seit Januar wohnen Geflüchtete im Eventwerk.

Wir werden weiterhin darauf pochen, dass Ausnahmen von sozialpolitischen Standards nur zeitweise genehmigt werden. *Pia Barkow*

ELTERNHALTESTELLEN

Per pedes zur Schule

Auch in Dresden bringen viele Eltern ihre Kinder regelmäßig mit dem Auto zur Schule. Dabei kommt es vor Schulbeginn oft zu chaotischen und gefährlichen Situationen. Autos stehen in der zweiten oder dritten Reihe und kleine Grundschul Kinder können übersehen werden. Um dem abzuwehren, ist die Idee der Einrichtung der Elternhaltestellen entstanden. Das heißt, zu einem festen Zeitfenster wird ein Halteverbot vor den Schulen eingerichtet. Gleichzeitig wird ein Haltebereich in einer Entfernung von circa 250 Meter zur Schule festgelegt. In diesem Bereich können die Eltern ihre Kinder sicher absetzen. Die Kinder laufen dann den restlichen Weg zur Schule.

Das Konzept der Elternhaltestellen wird deutschland- und europaweit bereits in vielen Städten erfolgreich angewandt. Zusammen mit begleitenden Maßnahmen (Ausschilderungen, Verbesserung der Querungsmöglichkeiten) konnte der Anteil der Eltern-taxis halbiert werden. Laut einer Umfrage bewerteten über 80 Prozent der Eltern die Idee als gut oder sehr gut.

Zur Entfernung der Elternhaltestelle von der Schule wird empfohlen, dass sie in circa 250 bis 300 Meter Entfernung zur Schule liegen sollte, da sowohl deutliche Unterschreitungen wie Überschreitungen negativ bewertet und zu keiner nachhaltigen Verhaltensänderung führen würden.



Verschnaufen auf dem Schulweg – aber sicher

Der restliche kurze Weg und besonders der Bereich direkt vor der Schule werden sicherer und Rettungs-fahrzeuge können in Notfällen ungehindert vor der Schule parken. Die LINKE-Stadträtin Anja Apel meint: »Es ist Aufgabe der Stadt, für einen sicheren Schulweg zu sorgen. Deshalb haben wir beantragt, dass an fünf ausgewählten Schulen sogenannte Elternhaltestellen eingerichtet werden. Mit diesem Pilotprojekt kann die Stadt einen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten.« *Die Redaktion*



Fast 80.000 Wohnungen wurden seit 1990 in Eigentumswohnungen umgewandelt

UMWANDLUNG VON MIET- IN EIGENTUMSWOHNUNGEN

Enteignung des Ostens

Für Dresden hat der Stadtrat Christopher Colditz eine entsprechende Anfrage an den Oberbürgermeister gerichtet und aus der Antwort geht hervor, dass in Dresden aktuell mindestens rund 78.500 Wohnungen seit 1990 von einer Miet- in eine Eigentumswohnung umgewandelt wurden. Der Anteil der Eigentumswohnungen am Gesamtwohnungsbestand liegt bei

rund 26 Prozent. Zu berücksichtigen bleibt, dass nicht alle Umwandlungen auch statistisch erfasst wurden, also von einer noch höheren Dunkelziffer auszugehen ist. Es wird weiter ausgeführt, dass der relativ hohe Anteil der Umwandlungen ein Merkmal vieler ostdeutscher Städte sei.

Die Förderbedingungen der Nachwendzeit bevorzugten Finanzierungsmodelle, bei denen Baumaßnahmen

durch die Aufteilung in Eigentumswohnungen und deren Verkauf an private Kapitalanleger finanziert wurden. Christopher Colditz dazu: »Wir sehen hier ein weiteres Beispiel für die Enteignung des Ostens zugunsten von Kapitalanlegern aus dem Westen. Zudem hat diese Privatisierung die Gentrifizierungsprozesse in den angesagten Stadtteilen erheblich beschleunigt.« *Die Redaktion*

RAUCHEN

Schädlich – nicht nur für die Gesundheit

Rauchen bringt dich um, Rauchen ist richtig schlecht für die Umwelt, noch was? Ach ja: Auch der Tabak-Anbau ist ein Problem: Mindestens 6500 Hektar Wald, so schätzt die WHO, werden jährlich für den Tabak-Anbau gerodet. Tabak ist eine empfindliche Pflanze, laugt Böden aus, braucht Pestizide und wird vorwiegend in Entwicklungs- und Schwellenländern angebaut.

Auch deshalb gibt es in Dresden die Initiative »Pinke Hände«, die bei einer spontanen Müllsammlung an den Elbwiesen entstand, bei der pinke Einweghandschuhe benutzt wurden. Nach wenigen Sammlungen merkte die Gruppe, dass ein Großteil des Mülls Zigarettenstummel sind – echte Giftbomben. Kommen die Stummel in Kontakt mit Wasser, werden die darin enthaltenen Schwermetalle (Blei, Kupfer, Chrom und Cadmium) und krebserzeugende und toxische Substanzen



Kein Einzelfall: Giftiger Sondermüll auf der Prager Straße

wie Teer, Nikotin und sogar Arsen in unsere Böden und das Grundwasser gespült. Auch für Tiere und Kinder besteht große Gefahr. Landet auch nur ein einziger Filter im Mund eines Kindes (zum Beispiel, weil der Sandkasten als Aschenbecher benutzt wurde) kann es unter schweren Vergiftungssymptomen, wie Erbrechen, Übelkeit und Durchfall leiden. Für Tiere, die die Kippen mit der Nahrung aufnehmen, kann das auch zum Tod führen. Außerdem besteht der Großteil der Kippen aus Cellulose-Acetat, also Plastik.

Wir werden deshalb einen Antrag erarbeiten, der der begonnenen Zusammenarbeit mit dem Umweltamt zu diesem Thema neues Leben einhauchen soll.

Margot Gaitzsch



Auch weiterhin bunt – die Dresdner Neustadt

STADTTEILFEST

Die BRN ändert sich

Die Bunte Republik Neustadt, kurz BRN, kennen alle in Dresden. Das Stadtteilfest ist auch über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Mehr als 100.000 Menschen versammelten sich am dritten Juniwochenende, um zu feiern. Einige wenige aus der Neustadt erinnern sich noch an den eigentlichen Geist der Veranstaltung. Die Leute aus der Neustadt wollten zu Wendezeiten weder zum Westen zugeschlagen werden, noch so weitermachen wie im Osten. Sie gründeten ihre eigene Republik, aber auch vor allem, um ein Zeichen gegen Wohnspekulantentum zu setzen. Darum ging es schon länger nur noch am Rande. Überwiegend war das Straßenfest von Live-Musik und Menschenmassen geprägt, mit einem dementsprechend notwendigen Angebot an internationalen Leckereien und viel Bier.

Der Stadtverwaltung und hier vor allem dem Ordnungsamt war der freie Geist des Festes immer schon ein Dorn im Auge. Und es gab Zeiten, da wurde tatsächlich von der BRN aus die Auseinandersetzung mit der Staatsmacht gesucht. Befürchtungen zur Sicherheit boten den Anlass für die Verwaltung, das Fest auszudünnen. Nichtsdestotrotz wurde weiter gefeiert. Und dann kam Corona und brach dem fröhlichen, kreativen Treiben das Genick. Seitdem sind im Juni ein paar wenige Ecken in der Neustadt, an denen sich die Menschen um Musik versammeln und an denen der soziale Geist des Viertels vorbeischaute.

Die Verwaltung hat die BRN nun ganz beendet. Sie soll auch in diesem Jahr – nach Corona – nicht mehr stattfinden. Der Neustadt wird aber sicherlich eine Alternative einfallen.

Magnus Hecht

Anzeige

Das Leben muss bezahlbar sein!

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

12. April

Diskussion mit Sozialbürgermeisterin **Kris Kaufmann** und Stadtrat **André Schollbach**
18 Uhr, riesa efauf, Dachsaal
Wachsbleichstraße 4a

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de

Redaktion

Susann Dietzschold, Thomas Feske,
Dr. Dirk Wagner

Autor:innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Pia Barkow, Thomas Feske, Margot Gaitzsch, Magnus Hecht, Anne Holowenko, Tilo Kießling, Jens Matthis, Susanne Schaper, Paul Senf, Dirk Wagner, Tilo Wirtz

Redaktionsschluss

23. Februar 2023

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor.

Bildnachweise

Objective Eye/stock.adobe.com (1); DIE LINKE. Sachsen – DiG/Thomas Kläber(2); Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat – Frank Grätz (3); Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat – Frank Grätz (4); StartupStockPhotos/pixabay (4); Tilo Wirtz (5); Francesco Ungaro/Pexels (5); Commons Wikimedia/Bybbisch94, Christian Gebhardt (5); fancygrave1/pixabay (6); pasja1000/pixabay (6); Pezibaer/pixabay (7); Antrianas/pixabay (7); licel/Pixabay (7); Antrianas/pixabay (8); Dirk Wagner (8)

Gestaltung und Satz

Ostsüdost

Druck

LR Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat